

ZIEL 1 DER UN-AGENDA 2030: KEINE ARMUT; ARMUT IN ALLEN IHREN FORMEN UND ÜBERALL BEENDEN

Armut bekämpfen – eine gemeinsame Verantwortung

Bischof Dr. Georg Bätzing, Bischof von Limburg und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sind der zentrale Maßstab für staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Dass die Bekämpfung der Armut an erster Stelle steht, ist kein Zufall. Sie ist die Voraussetzung für eine gerechte und nachhaltige Zukunft. Die Bekämpfung der Armut in allen ihren Formen und damit die Sicherung einer menschenwürdigen Existenzgrundlage bildet die unabdingbare Voraussetzung für die Agenda 2030 und ist zugleich von deren Erreichung abhängig.

Die COVID-19-Pandemie hat viele der zwischenzeitlich erreichten Fortschritte in der weltweiten Armutsbekämpfung zunichte gemacht. So ist infolge der Pandemie die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen erstmals wieder angestiegen. Hinzu kommen die fatalen Auswirkungen der Klimakrise, die vulnerable Bevölkerungsgruppen ungleich stärker betreffen. In einer Zeit, in der Isolationismus und nationale Egoismen eine Hochkonjunktur erleben, gerät die staatliche wie auch nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit unter einen besonderen Begründungsdruck.

Während meines Besuchs in Bafoussam in Kamerun im Mai 2024 wurde mir deutlich: Ohne gemeinsame Anstrengungen lässt sich Armut nicht wirksam bekämpfen. Im Limburger



Bischof George Nkuo, Bischof Georg Bätzing, Bischof Paul Lontsié-Keuné (von links)
(Foto © F. Schulz/Bistum Limburg)

Partnerbistum Kumbo im Nordwesten Kameruns herrschen seit Jahren kriegerische Auseinandersetzungen. Unsere Partnerinnen und Partner vor Ort konnten uns eindrucksvoll berichten, wie das Zusammenspiel aus sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Krise die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung bedroht.

Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit ist kein „Nice-to-have“

Am Beispiel Kameruns ist mir aufs Neue bewusst geworden, dass die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit kein „Nice-to-have“ ist, sondern einer doppelten Verantwortung entspringt. Einerseits ist hier die histori-

sche Verantwortung zu benennen. Ob im Fortbestehen willkürlich gezogener und insofern konfliktbehafteter Grenzen, in ungerechten politischen Institutionen oder in verstärkten wirtschaftlichen Abhängigkeiten – die Folgen der kolonialen Ausbeutung sind bis heute spürbar. Der Befund, dass der Globale Norden in erheblichem Maße zur Entstehung der Armut im Globalen Süden beigetragen hat, ist unausweichlich. Andererseits besteht neben dieser historischen Verantwortung im Hinblick auf die Klimakrise auch eine gegenwärtige und künftige Verantwortung für die Bekämpfung der weltweiten Armut. Der Reichtum

“*... die Bekämpfung der Armut muss weit über finanzielle Transfers hinausgehen.*”

der westlichen Industrienationen basiert bis heute in erheblichem Maße auf der Ausbeutung unseres Planeten und insbesondere der Länder des Globalen Südens. Papst Franziskus wird nicht müde, die Verflechtungen von sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Krise zu benennen. In seiner Enzyklika *Laudato si'*, die vor zehn Jahren veröffentlicht wurde, benennt er die multiple Krise eindrücklich: „Wir kommen [...] heute nicht umhin, anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“

Damit ist zugleich benannt, dass die Bekämpfung der Armut weit über finanzielle Transfers hinausgehen muss. Es geht insbesondere in der

“*Armut macht krank.*”

kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit um einen Erfahrungsaustausch, um die Bildung einer Lerngemeinschaft angesichts gemeinsamer Herausforderungen. Ohne über die in finanzieller Hinsicht zweifelsohne bestehenden Machtasymmetrien hinwegzusehen, können so in gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung Akzente für gerechtere Gesellschaften gesetzt werden.

Christlicher Grundauftrag

In dieser Hinsicht gilt es, das transformative Potenzial der Religionen zu heben. Alle Religionen betonen die Bedeutung, sich den Armen und Ausgegrenzten zuzuwenden. So ist es auch für Christinnen und Christen weltweit ein Grundauftrag, sich gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. In Deutschland kommt hierbei den kirchlichen Hilfswerken eine Schlüsselrolle zu. Die Formulierung des SDG 1 „Bekämpfung der Armut in allen ihren Formen“ deutet an, dass Armut ein mehrdimensionales Problem ist. Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Folgen der Armut nicht selten Isolation, Ausgrenzung und Einsamkeit sind. So sehr es nach einer Binsenweisheit klingen mag, so zutreffend ist der Befund: Armut macht krank.

Kinder und ältere Menschen sind besonders betroffen

Gerade in einer Zeit, in der der Reichtum und auch der politische Einfluss der Reichen exponentiell ansteigen, gilt es, der Perspektive der Marginalisierten Sichtbarkeit zu verschaffen, ohne in die Falle der Bevormundung zu tappen. Der Blick auf unsere eigene Gesellschaft zeigt, dass auch in Deutschland der Kampf gegen die Armut nicht gewonnen ist. Die Armutsgefährdungsquote liegt noch immer bei über 14 Prozent, und insbesondere Kinder und ältere Menschen sind von Armut und deren sozialen Folgen massiv betroffen.

“*... insbesondere Kinder und ältere Menschen sind von Armut und deren sozialen Folgen massiv betroffen.*”

Trotz oder gerade wegen aller bereits erreichten Fortschritte gilt es, sich noch entschiedener und gemeinschaftlich für die Bekämpfung der Armut in allen ihren Formen in Deutschland und weltweit einzusetzen. Dazu wollen die Kirchen weiterhin ihren Beitrag leisten.

AKTUELLES

Messe Fair Handeln 2025

Vom 24. bis 27. April 2025 findet die Messe Fair Handeln in Stuttgart statt. Deutschlands älteste und bedeutendste Fach- und Verbrauchermesse bietet eine Plattform für faires und nachhaltiges Handeln in Wirtschaft, Mode, Finanzwesen, Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit. Alle, die sich für entwicklungspolitisches Engagement und eine verantwortungsbewusste Lebensweise interessieren, finden hier Produkte und Ideen für eine gerechtere Zukunft auf unserem Planeten - von fair gehandelten Lebensmitteln und Kunsthandwerkartikeln über Future Fashion, Kaffeeverkostungen, Repair Cafés und Klimakompensation. Sie ist Treffpunkt für Engagierte und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und bietet ein attraktives Rahmenprogramm. Auch der World University Service (WUS)

e.V. ist mit einem Informationsstand zum Engagement der deutschen Länder vertreten und lädt zu einem Besuch ein. Die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) organisiert die Fair Handeln gemeinsam mit der Messe Stuttgart. Alle Informationen und Tickets unter: www.messe-stuttgart.de/fairhandeln.

Info: Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Raquel Dischinger, Tel. 0711 2102935, [dischinger\[at\]sez.de](mailto:dischinger[at]sez.de), www.sez.de/fair-handeln

Schattenbericht zum Stand der Umsetzung der BNE in Deutschland

Der Schattenbericht „Kräfte bündeln, Zukunft gestalten. Beste Bildung durch eine starke Zivilgesellschaft – ein Appell“ beleuchtet den Stand und die Perspektiven der Umsetzung der BNE in Deutschland. VENRO, der Deutsche Bundesjugendring und das Bündnis ZukunftsBildung fokussieren in ihrem gemeinsamen Bericht die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Etablierung von BNE.

Bildung ist entscheidend für die Bewältigung globaler Herausforderungen und für die Stärkung der Demokratie. Die Zivilgesellschaft trägt bereits wesentlich zur BNE bei, jedoch häufig unter schwierigen Bedingungen und mit unzureichender Unterstützung. Der Bericht fordert eine verstärkte und verlässliche staatliche Förderung, damit zivilgesellschaftliche Organisationen ihre wichtige Arbeit fortsetzen können.

Viele kleinere Vereine arbeiten in prekären finanziellen Verhältnissen und sind auf öffentliche Mittel angewiesen, um BNE umzusetzen. Der Bericht zeigt anhand von Beispielen, wie entscheidend eine Förderung für die Wirksamkeit dieser Organisationen ist.

Info: *Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V., Stresemannstraße 72, 10963 Berlin, Tel. 030 263929910, sekretariat[at]venro.org, www.venro.org/publikationen*

ANGEBOTE

Förderprogramm action! unterstützt Engagement junger Menschen im ländlichen Raum

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fördert mit dem Programm „action! Aktiv für eine globale Welt“ das lokale Engagement für globale Gerechtigkeit und für eine nachhaltige Zukunft. Vor allem in ländlichen Regionen Deutschlands sollen entwicklungspolitische Bildungsaktionen gefördert werden, bei denen die 17 Nachhaltigkeitsziele im Mittelpunkt stehen.

Umgesetzt wird das Förderprogramm von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). Die DSEE bietet jungen Engagierten eine umfassende Beratung und praxisnahe Hilfestellungen. Aktionen werden gefördert, wie Kleidertausch, plastikfreies Picknick, Plakat-Aktionen, Workshops und Podcasts. Im Zeitraum von 2025 bis 2027 können jährlich solche und andere kreative Ideen mit bis zu 500 € gefördert werden. Ab April 2025 können Anträge online gestellt werden. Zuvor gibt es live in Berlin am 28.-29. März und online am 7. und 14. April die Möglichkeit, sich über die Antragsprozesse zu informieren und sich mit anderen Engagierten zu vernetzen.

Info: *Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), Woldegker Chaussee 35, 17235 Neustrelitz, Ansprechpartnerin Kommunikation und Events: Katrin Landgraf, Tel. 03981 4569-669, katrin.landgraf[at]d-s-e-e.de, www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/action*



AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

WELT

Zwischenbericht „Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden“

Im Rahmen der Global Perspectives Initiative, die von der Gates-Stiftung unterstützt wird, hat die von Bundesverteidigungsministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer geleitete Kommission ihren Zwischenbericht vorgelegt. Darin geht es um eine strategische Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit, damit Deutschland globale Herausforderungen wie Klimakrise, Ressourcenknappheit und geopolitische Spannungen zukünftig bewältigen kann. Die Kommission besteht aus zehn namhaften Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und ehemaligen Regierungsmitgliedern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Bestehendes neu zu bewerten und pragmatisch weiterzuentwickeln. Dabei konzentrieren sie sich auf fünf Themenbereiche, die für die zukünftige Ausgestaltung der internationalen Kooperation besonders relevant erscheinen: Geopolitik und Entwicklung, Ökonomie und Handel, Arbeitsmigration, Internationale Finanzen sowie Klimapolitik und -finanzierung. Der endgültige Bericht wird im Frühjahr 2025 erwartet. Doch schon jetzt legt die Kommission konkrete Empfehlungen vor, wie Deutschland seine Rolle in einer zunehmend multipolaren Welt stärken und weiterentwickeln kann. Diese Empfehlungen basieren auf umfangreichen Recher-

chen sowie auf Interviews mit über 45 Experten und Expertinnen aus Afrika, Europa, Asien und Lateinamerika.

Info: *Global Perspectives Initiative, Dorotheenstraße 3, 10117 Berlin, Gregor Darmer, Tel. 030 55 57 80 530, [g.darmer\[at\]globalperspectives.org](mailto:g.darmer[at]globalperspectives.org), www.globalperspectives.org*

Klinikpartnerschaften mit Syrien

Mehr als 300 deutsche und syrische Ärztinnen und Ärzte und Vertretungen von Krankenhäusern und Hilfsorganisationen haben am 12. Februar 2025 in Berlin beraten, wie sie das syrische Gesundheitswesen nach fast 14 Jahren Bürgerkrieg unterstützen können. Über ein Drittel der Krankenhäuser in Syrien ist zerstört und mehr als die Hälfte des medizinischen Personals ist geflüchtet. Viele syrische Ärztinnen und Ärzte in Deutschland haben sich gemeldet, um zu helfen.

Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) stellt dafür 15 Millionen Euro und logistische Unterstützung bereit. Entwicklungsministerin Svenja Schulze betonte den dringenden Bedarf an Unterstützung. „Erst wenn die Gesundheitsversorgung verbessert wird, kann das Land eine sichere Heimat für alle sein“, sagte sie. Ziel soll der Aufbau von über 20 deutsch-syrischen Klinikpartnerschaften in den kommenden Monaten sein.

Das GIZ-Programm „Klinikpartnerschaften“ berät und fördert diese Partnerschaften finanziell mit einer maximalen Förderung von 500.000 Euro für drei Jahre. Ziel ist es, die medizinische Versorgung in Syrien zu stärken und den Wissensaustausch zwischen deutschen und syrischen Gesundheitseinrichtungen zu fördern.

Info: *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 36, 53113 Bonn, Tel. 0228 4460-38 00, [kllinikpartnerschaften\[at\]giz.de](mailto:kllinikpartnerschaften[at]giz.de), www.klinikpartnerschaften.de/kp-in-syrien*

BUND

Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Das Bundeskabinett hat die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Titel „Transformation gemeinsam gerecht gestalten“ beschlossen. Sie basiert auf den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen und setzt den klaren Kurs für nachhaltige Entwicklung in Deutschland fort.

Die Strategie verfolgt das Ziel, die globalen Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen. Angesichts steigender Hungerzahlen und mangelnder sanitärer Grundversorgung müssen die bisherigen Anstrengungen verstärkt werden. Die Strategie bezieht sich bei den Lösungsansätzen auf Entwicklungszusammenarbeit wie auch auf entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, so z. B. zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung oder die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Den deutschen Ländern kommt bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030 eine entscheidende Rolle zu. Ein regelmäßiger Austausch auf Fachebene über aktuelle Themen nachhaltiger Entwicklung auf Bundes- und Länderebene erfolgt im Rahmen des zweimal jährlich tagenden Bund-Länder-Erfahrungsaustauschs für nachhaltige Entwicklung (BLE NE). Die Sitzungen werden vom jeweiligen Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit dem Bundeskanzleramt vorbereitet und geleitet.

Info: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin, Tel: 030 18272-0, [internetpost\[at\]bundesregierung.de](mailto:internetpost[at]bundesregierung.de), www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-2025-2332540*

Abschlussbericht „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“

23 Jahre ist es her, dass der Bundestag die Beteiligung am Einsatz in Afghanistan beschloss und sich damit an dem „weltweiten Kampf gegen den Terrorismus“ beteiligte, den der ehemalige US-Präsident George W. Bush nach den Anschlägen am 11. September 2001 ausgerufen hatte. Die Bundesregierung legte nun am 31. Januar 2025 den Abschlussbericht der Enquete-Kommission vor. Michael Müller (MdB), Vorsitzender der Kommission, stellte den Bericht vor, der konkrete Vorschläge enthält, um die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zu verbessern, Informationen besser zu vernetzen und Ziele sowie Strategien realistischer zu formulieren und regelmäßig zu überprüfen.

Der Bericht richte sich, so Müller, auch an die zahlreichen beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Einsatzkräfte und nicht zuletzt an die interessierte Öffentlichkeit. Denn wenn Deutschland und Europa auch in Zukunft aktiv auf der globalen Bühne sein wollten und einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt leisten sollten, dann beträfen die weltweiten Veränderungen und die Fragen, wie wir damit umgehen, alle Menschen, so Müller.

Nach Einschätzung der Enquete-Kommission sollte Deutschland dem internationalen Krisenmanagement weiter eine hohe Bedeutung beimessen und sich auch in Zukunft an Einsätzen beteiligen – trotz der jüngsten Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung sowie der Fokussierung auf neue Herausforderungen wie die Abwehr von Cyberangriffen, Desinformationskampagnen und Sabotageaktivitäten.

Info: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 2270, [mail\[at\]bundestag.de](mailto:mail[at]bundestag.de), www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-enquete-afghanistan-1035062

BADEN-WÜRTTEMBERG

50 Jahre Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB)

Pünktlich zum 50. Jubiläum erstrahlt die Website des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) in neuem Design - mit neuer Struktur und Funktionen für mehr Sichtbarkeit und Vernetzung des Eine-Welt-Engagements. Herzstück ist die neue Eine Welt-Karte Baden-Württemberg, die in Kooperation mit der SEZ (Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg) aufgebaut wird.

Alle Engagierten (Initiativen, Organisationen oder Referentinnen und Referenten), die sich für globale Gerechtigkeit einsetzen und die ihr Engagement und ihre Expertise sichtbar machen und sich mit (anderen) Eine-Welt-Engagierten vernetzen möchten, sind eingeladen, sich in die Karte einzutragen:

www.deab.de/service/eine-welt-karte-baden-wuerttemberg.

Seit 1975 setzt sich der DEAB gemeinsam mit seinen Mitgliedern, insgesamt 181 entwicklungspolitische Organisationen und Netzwerke, in Baden-Württemberg für eine gerechte und solidarische Welt ein.

Info: Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e. V., Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart, Ansprechperson: Sarah Jane Fontanarosa, Tel. 0711 66 48 73 28, [sarah.fontanarosa\[at\]deab.de](mailto:sarah.fontanarosa[at]deab.de), www.deab.de

BRANDENBURG

VENROB-Projekt „Fairgabe in Brandenburg“

„Fairgabe in Brandenburg“ heißt das neue VENROB-Projekt, das 2025 gestartet ist. Gefördert von Engagement Global/BMZ, Brot für die Welt und der Stiftung Nord-Süd-Brücken wird über die kommenden zwei Jahre ein zivilgesellschaftliches Bündnis aufgebaut. Es will auf die Bedeutung der öffentlichen Beschaffungspraxis zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele aufmerksam machen und sich gemeinsam für die zunehmende verbindliche Orientierung an sozialen und ökologischen Kriterien einsetzen. Dafür werden gemeinsam mit interessierten Partnern regionale Veranstaltungen durchgeführt.

Info: VENROB - Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V., Tuchmacherstraße 49, 14482 Potsdam-Babelsberg, Ansprechpartnerin: Nora Lust, Tel. 0331 704 89 66, [projektleitung\[at\]venrob.de](mailto:projektleitung[at]venrob.de), www.venrob.de

BREMEN

Armut in Namibia durch Abfallmanagement bekämpfen

Das EU-finanzierte Projekt „Improving Solid Waste Management in Windhoek“ fördert seit März 2022 bis voraussichtlich März 2025 im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Windhoek die Verbesserung des Abfallmanagements und leistet einen wichtigen Beitrag zu Ziel 1 der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen - „Keine Armut“. Ein zentrales Element des Projekts ist die Einrichtung eines Waste Buy Back Centers (WBBC) in Katutura, einem informellen Stadtteil Windhoeks.

In dieser Sammelstelle können die Menschen wiederverwertbare Materialien wie Glas abgeben und im Gegenzug Geld erhalten. Besonders Obdachlose und Schutzbedürftige profitieren von dieser Möglichkeit, da sie eine würdige Einkommensquelle bietet und sie vom Betteln auf der Straße befreit. Etwa 40 % der Nutzerinnen und Nutzer der Sammelstelle sind von Armut betroffene Personen. Seit der Eröffnung im September 2024 haben bereits über 4.000 Menschen die Müllsammelstelle genutzt.

Durch den Verkauf von Abfall können sie durchschnittlich 80 N\$ pro Tag verdienen. Dies ergibt bei etwa 25 Arbeitstagen im Monat rund 2.000 N\$, was dem namibischen Mindestlohn entspricht. Neben der Einkommensschaffung unterstützt das Projekt auch lokale Unternehmen wie Glasrecyclingfirmen, die durch die Müllsammelstelle ihr Geschäft ausweiten konnten.

Zudem werden durch das Projekt sechs lokale Start-ups im Bereich Kreislaufwirtschaft gefördert, was zu weiteren Arbeitsplätzen führt. Das Projekt kombiniert ökologische Nachhaltigkeit mit sozioökonomischer Entwicklung und schafft so langfristige wirtschaftliche Chancen. Es trägt somit nicht nur zu einer verbesserten Abfallwirtschaft bei, sondern auch zur nachhaltigen Armutsbekämpfung in Windhoek.

Info: Senatskanzlei Bremen, Am Markt 21, 28195 Bremen, Ansprechpartner: Heinrich Terhorst, Tel.: 0421 36186342, [heinrich.terhorst\[at\]sk.bremen.de](mailto:heinrich.terhorst[at]sk.bremen.de), www.rathaus.bremen.de



HAMBURG

Sustainability Week 2025

Vom 1.-6. Juni findet die erste Hamburger Sustainability Week (HSW) statt. Das Motto der Woche wird „Verbindungen schaffen, Veränderung beschleunigen“ sein. Die Aktionswoche soll Hamburger Akteurinnen und Akteure zusammen bringen, um gemeinsam innovative Lösungen für mehr Nachhaltigkeit in Hamburg zu erarbeiten. Darüber hinaus informiert die HSW über die bereits bestehende Nachhaltigkeitsarbeit in der Stadt.

Die Hamburg Sustainability Week findet parallel zur Hamburg Sustainability Conference (HSC) statt, die am 2. und 3. Juni 2025 zum zweiten Mal in Hamburg ausgerichtet wird. Auf der HSC planen weltweit führende Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Umsetzung gemeinsamer Prozesse zur Erreichung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs), der UN-Nachhaltigkeitsziele.

Interessierte aus Zivilgesellschaft, (öffentlichen) Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur sind eingeladen, Programmbeiträge für die HSW einzureichen, um ihre nachhaltigen Initiativen vorzustellen.

Info: Hamburg Sustainability Conference gGmbH,
Werner-Otto-Straße 1-7, 22179 Hamburg, Tel. 040 238345370,
[office\[at\]sustainability-conference.org](mailto:office[at]sustainability-conference.org),
www.sustainability-conference.org

HESSEN

Bericht zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Um die Auswirkungen globaler Vernetzungen positiv steuern zu können, unterstützte das Land Hessen in den Jahren 2022 bis 2023 zahlreiche entwicklungspolitische Projekte. Diese wurden im Dezember 2024 im 3. Bericht zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit durch Hessens Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori vorgestellt. Im Bericht wird besonderes Augenmerk auf die seit 2018 in Hessen geltenden Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit gelegt, die sich an den 17 UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung orientieren. Dazu gehören Bildungsinitiativen im Inland und Auslandsprojekte wie beispielsweise ein medizinischer Notfalldienst in Kamerun.

Minister Mansoori hebt hervor, dass solche Projekte erst dank des Engagements der hessischen Bürgerinnen und Bürger möglich seien. Der Bericht verdeutliche, wie sich Hessen den aktuellen Krisen wie dem Ukrainekrieg, den Auswirkungen des Klimawandels und der Covid-19-Pandemie mit vielfältigen Projekten entgegenstelle. Ein wichtiger Beitrag sei auch, Bildungsinstitutionen zu stärken. Insgesamt leiste Hessen im Rahmen seiner Möglichkeiten und spezifischen Kompetenzen seinen entwicklungspolitischen Beitrag in der Welt.

Info: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden; Ansprechperson: Amrei Pfeiffer (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), Tel. 0611 815 2021, [amrei.pfeiffer\[at\]wirtschaft.hessen.de](mailto:amrei.pfeiffer[at]wirtschaft.hessen.de), www.wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2024-12/3.02_hmwvw_ez_broschuere_hessen_24_screen_1.pdf

NIEDERSACHSEN

Internationale Filmreihe „Über Grenzen“

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) hatte in Kooperation mit anderen Initiativen im Februar an insgesamt acht Terminen zu einer internationalen Filmreihe mit dem Titel „Über Grenzen“ eingeladen. Im Rahmen der Filmreihe wurden Geschichten, Utopien und Dokumentationen über Grenzen gezeigt: faktische Grenzen zwischen Ländern und Kontinenten, imaginäre Grenzen zwischen Nord und Süd, Arm und Reich, Einkommen und Glück sowie Begrenzung von Vielfalt. Die Filme wurden von Gesprächen und Interviews begleitet, wodurch ein Zeichen gegen Eingrenzung und Verengung gesetzt werden sollte.

Info: Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V., Hausmannstraße 9 - 10, 30159 Hannover, Tel. 0511 391650, [info\[at\]ven-nds.de](mailto:info[at]ven-nds.de), www.ven-nds.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Verwaltungsaustausch mit Ghana geht in die siebte Runde

Bereits zum siebten Mal findet in diesem Jahr der Verwaltungsaustausch mit Ghana statt. Im Juni und im November 2025 werden in Düsseldorf und Accra insgesamt acht ghanaisch-nordrhein-westfälische Tandems aus Vertreterinnen und Vertretern von Ministerien und Landeseinrichtungen an gemeinsamen Themen arbeiten. Dazu hospitieren die Teilnehmenden jeweils zehn Tage lang im Rahmen von gemeinsamen Reisen nach NRW und Ghana. Gemeinsame Workshops und Exkursionen runden die Besuche ab. Die Vorbereitungen für das Austauschprogramm, das der World University Service (WUS) betreut, sind nun angelaufen.

Ziel des Programms ist, neue Ideen für die Länderpartnerschaft mit Ghana zu entwickeln, die kulturellen, politischen und administrativen Besonderheiten des Partners kennenzulernen und voneinander zu lernen. Außerdem soll der Austausch die Länderpart-

nerschaft bekannter machen. Die Themen des diesjährigen Programms sind vielfältig: Sie reichen von der Klimaanpassung in der Landwirtschaft über Steuerfragen bis zur Hochschulfinanzierung, Gesundheitskooperationen, Forstwirtschaft und Digitalisierung/ Open Government.

Der Verwaltungsaustausch mit Ghana wurde 2017 ins Leben gerufen. Bereits seit 2007 kooperiert Nordrhein-Westfalen auf der Basis einer Partnerschaftserklärung eng mit dem westafrikanischen Land.

Info: Staatskanzlei NRW, Referat IV B2, Heike Dongowski, Tel. 0211 8371561, [Heike.Dongowski\[at\]stk.nrw.de](mailto:Heike.Dongowski[at]stk.nrw.de), www.land.nrw/ministerpraesident/staatskanzlei

RHEINLAND-PFALZ

Aufruf zu friedlichen Lösungen

Ministerpräsident Alexander Schweitzer und Norbert Neuser, Präsident des Partnerschaftsvereins Rheinland-Pfalz/Ruanda, verurteilten in einer Pressemitteilung die Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo und fordern eine friedliche Lösung des Konflikts. Sie appellierten an die ruandische Regierung und alle Konfliktparteien, die Waffen niederzulegen, die Zivilbevölkerung zu schützen und Friedensgespräche aufzunehmen. Schweitzer begrüßte den Sondergipfel der Ostafrikanischen Gemeinschaft, der eine sofortige Waffenruhe und die Schaffung eines humanitären Hilfskorridors forderte. Norbert Neuser betonte, dass der Partnerschaftsverein weiterhin auf Armutsbekämpfung setzt und soziale Projekte zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda fördert.

Die Landesregierung verurteilte jegliche Unterstützung von Rebellen Gruppen im Kongo und betonte, dass Rheinland-Pfalz weiterhin im Austausch mit der deutschen Botschaft in Ruanda und anderen Institutionen steht. Aufgrund der unsicheren Lage im Ostkongo wurde eine geplante Reise nach Ruanda abgesagt.

Die Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda besteht seit 43 Jahren und ist eine Graswurzelpartnerschaft, die zwischen Menschen und nicht zwischen Regierungen aufgebaut wurde. Träger der Zusammenarbeit ist der Partnerschaftsverein, der Projekte in den Bereichen Gesundheit und Bildung unterstützt. Seit 1982 wurden über 2.280 Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 70 Millionen Euro realisiert.

Info: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Andrea Böhner, Tel. 06131 160, [buengerbuero\[at\]stk.rlp.de](mailto:buengerbuero[at]stk.rlp.de), www.rlp.de

SAARLAND

Auf dem Weg zum ersten Fairtrade-Bundesland

Das Saarland geht einen bedeutenden Schritt in Richtung globaler Verantwortung und nachhaltigen Handels: Ministerpräsidentin Anke Rehlinger und die Sprecherinnen der Steuerungsgruppe „Faires

Saarland“ haben die Bewerbung zur Zertifizierung als erstes Fairtrade-Bundesland unterzeichnet. Rehlinger betonte, dass Fairer Handel eine gemeinsame Verantwortung sei, die über die Landesgrenzen hinausgehe. Der Schritt zeige, dass nachhaltiger Konsum und globale Gerechtigkeit im Saarland keine leeren Worte sind.

Bereits heute leben über drei Viertel der Saarländerinnen und Saarländer in einer FairtradeTown oder einem Fairtrade-Landkreis. Mehr als 200 Geschäfte, 70 Cafés und 130 öffentliche Einrichtungen engagieren sich für den Fairen Handel. Ein Schwerpunkt der Bewerbung ist die politische Arbeit zum Fairen Handel, besonders in der Südpartnerschaft mit Benin. Dort wurde unter anderem eine Lieferkette für faire Cashews eingerichtet, die in saarländischen Weltläden erhältlich sind. Schulen und Bildungseinrichtungen tragen durch Sensibilisierungsmaßnahmen ebenfalls zur Förderung des Fairen Handels bei.

Mit der Bewerbung als Fairtrade-Bundesland setzt das Saarland ein starkes Zeichen für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlands, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerin: Jannica Hümbert (Stellvertretende Pressesprecherin), Tel: 0681 501-7565, [presse\[at\]bildung.saarland.de](mailto:presse[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de

SACHSEN

Digitaler Fachaustausch zu BNE zwischen Uganda und Sachsen

Die 2021 initiierte und im Februar 2024 offiziell besiegelte Partnerschaft zwischen Uganda und Sachsen wird weiter mit Leben gefüllt. Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen e.V. (ENS) und der Katosi Women Development Trust (KWDT) planen einen virtuellen Fachaustausch zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Das Projekt vernetzt Akteure von Schulen und Organisationen aus Sachsen und Uganda. Gefördert vom Sächsischen Kultusministerium wird ein Konzept angeboten, das kostenfrei auf dem sächsischen BNE-Portal verfügbar sein wird, um partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen und BNE-Themen zu erörtern.

Info: Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e. V. (ENS e. V.), Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Ansprechpartnerin: Ulrike Rosemann, Tel. 0351 43837864, [ulrike.rosemann\[at\]jeinewelt-sachsen.de](mailto:ulrike.rosemann[at]jeinewelt-sachsen.de), www.uganda-sachsen-partnerschaft.de

THÜRINGEN

Förderung durch EU-Projekt
„GEAR UP!“ ab sofort möglich

Das vom Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie unterstützte EU-Projekt „GEAR UP!“ fördert Bildungsprojekte im Bereich Global Citizenship Education, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen und Demokratiebildung. Die Beantragung von Fördermitteln ist online vom 06.02.2025 bis zum 30.04.2025 möglich.

Gefördert werden Projekte in Thüringen, in denen sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie pädagogische Fachkräfte für eine global nachhaltige Entwicklung engagieren. Die Förderung richtet sich insbesondere an zivilgesellschaftliche Organisationen, schulische und außerschulische Bildungsinstitutionen, Träger der Demokratiebildung sowie der freien Jugendhilfe. Projekte können für den Zeitraum 01.01.2025-31.12.2026 eine finanzielle Förderung von 14.000 bis 25.000 Euro beantragen. „GEAR UP!“ wird durch das EU-Programm Development Education and Awareness Raising (DEAR) finanziert. Das übergeordnete Ziel von DEAR ist eine inklusivere Gesellschaft, in der alle Mitglieder lokal Mitverantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung und globale Herausforderungen wie Ungleichheiten und ökologische Krisen übernehmen können.

Info: Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V., Käthe-Kollwitz-Straße 17, 07743 Jena, Tel. 03641 2249950, [buero\[at\]ewnt.org](mailto:buero[at]ewnt.org), www.ewnt.de



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de)
www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Dr. Julia Boger,
Bastian Ivens

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

Unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Jahresthema 2025:

SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2025 „SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ Projekte der deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Nachhaltigkeitsziel 16 widmen.

Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Senden Sie Ihre Veranstaltungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de)
www.eine-welt-veranstaltungskalender.de